Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Inserate übernehmen auswerthalb Berlins: Rud. M. Cohen. — Braunau: H. Schlotte. — Stettin: S. Salomon. — Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co., Jäger's Buchhandlg. — Hamburg: Haasenstein & Vogler, Joh. Neethaar, Adolf Steiner. — Görlitz: G. Müller. — Halle a. S.: J. Barck & Co. — Magdeburg: Robert Klaus. — München: C. Macrowski. —

Wien: A. Opelik, Stubenbastei 2. — Amsterdam: A. Delamar Azn., Spuistraat 164. — Frankfurt: John F. Jones' Nachf. in Paris, 31 bis Faubourg Montmartre. — England: John F. Jones' Nachf. in London, 164 Fleet Street. — Polen und Russland: Rajchmann & Prendler in Warschau, Senatorenzasse 23.

Nr. 516. **Berlin, Mittwoch den 4. November 1885, Abends.** **25. Jahrgang.**

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint täglich Morgens und Abends, mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag Morgen, bei besonderen Ereignissen in Extra-Ausgaben. Der Abonnementspreis beträgt für das Deutsche Reich und die österreichisch-ungarische Monarchie vierteljährlich **7 Mark 50 Pf.**, **für das übrige Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag, und werden Abonnements bei den betreffenden Postanstalten angenommen.** Für **Berlin** nehmen **sämmtliche Zeitungs-Spediteure** und die **Expedition** dieser Zeitung, **Wilhelmstraße 32,** Abonnements vierteljährlich zum Preise von **7 Mark 50 Pf.**, sowie die **Post-Expeditionen 8 Mark** incl. Bestellgeldzahlen entgegen. Preis der einzelnen Nummer 10 Pf. Inserate nimmt die Expedition zum Preise von **40 Pf.** pro fünfgespaltene Petitzeile an. Beiträge für die **Redaktion** der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" sind an diese: **Berlin 48, SW. Wilhelmstraße 32,** zu richten, **und wird gleichzeitige Honorarangabe erbeten.** **Nachträgliche Honoraransprüche finden keine Berücksichtigung,** unbenützte Einsendungen können nicht aufbewahrt werden. Die Redaktion und die Expedition **frankiren** alle ihre Sendungen, nehmen daher auch nur frankirte Briefe an.

Politischer Tagesbericht.

Berlin, 4. November.

So sehr auch die manchesterlichen und nach dem Ideale des vollendeten Parlamentarismus strebenden, sich statt demokratisch „liberal" nennenden Doktrinaire bei uns gegen Interessenpolitik und Interessenvertretung sich ereifern mögen: die Forderungen des praktischen Lebens machen sich dessenungeachtet geltend. Eine dieser immer wiederkehrenden Forderungen ist, den wirthschaftlichen Interessen unserer Nährstände eine ihrer national-wirthschaftlichen Bedeutung entsprechende Vertretung zu organisiren, und diese Forderung macht sich um so lauter vernehmlich, je weniger die einzig bestehende derartige organisirte Vertretung, die Handelskammern, sich als Repräsentanten aller wirthschaftlichen Interessen erweisen, und zwar trotzdem man nicht verkennen kann, daß eine Reihe derselben ernsthaft bestrebt ist, diese Aufgabe zu erfüllen.

Einen werthvollen Beitrag zur Lösung dieses Problems finden wir in einem soeben von dem unseren Lesern bereits mehrseitig bekannt gewordenen Herrn Steinmann-Bucher herausgegebenen Buche, welches die zukünftige Stellung der Nährstände im Staate zum Vorwurfe genommen hat.*)

Anknüpfend an den historischen Verlauf, giebt Steinmann-Bucher zuerst einen Abriß der Entwickelung der Handelskammerfrage. Die preußischen Handelskammern datiren auf dem Gesetze vom 24. Februar 1870, und in diesem dürften auch die Ursachen zu suchen sein, welche die Handelskammern nicht geeigenschaftet erscheinen lassen, alle wirthschaftlichen Interessen gleichwerthig zu vertreten. Durch die Bestimmungen dieses Gesetzes ist sowohl der Interessenkreis umschrieben, welchen die Handelskammern in sich schließen, als auch die Macht, mit welcher das einzelne Interesse durch das Wahlrecht zur Handelskammer ausgestattet ist; bekanntlich sind wahlberechtigt nur in das Handelsregister eingetragene Firmen, welche unter einer bestimmten Klasse oder zu einem bestimmten Satze vom Handel zur Gewerbesteuer veranlagt sind, und daraus ergiebt sich, daß, ganz abgesehen von der Landwirthschaft, auch eine Menge anderer wirthschaftlicher Interessen, mangels eines ihnen zustehenden Wahlrechtes, auf die Handelskammern ohne Einfluß bleiben. Steinmann-Bucher veranschaulicht diese Zustände, indem er sagt:

„Auf diese Weise sind zwar das Handwerk, sowie die kleinen Händler und die untergeordneten Gewerbsleute aber Art von der Theilnahme an den Wahlen ausgeschlossen; allein dadurch, daß jedem Wahlberechtigten eine Stimme zugetheilt ist, erhalten dennoch die in den Städten angesessenen Elemente des Zwischenhandels mit ihrer wirthschaftlichen Bedeutung in keinem Verhältniß stehenden Einfluß auf die Wahlen. Ein Handelshaus ersten Ranges, ein Bank-Institut, ein industrielles Unternehmen mit großer Arbeiterzahl giebt zu den Wahlen eine Stimme ab, gerade wie der Inhaber eines Kramladens mittlerer Größe. Die Folge dieser Einrichtung ist für das Institut der Handelskammern sehr verhängnißvoll geworden, indem dasselbe an Ansehen verlieren mußte, sobald sich der überwiegende Einfluß des kleinen und Zwischenhandels auf die Beschlüsse der Kammern geltend zu machen vermochte. Dieser Einfluß trat in seinen nachtheiligen Folgen zu Tage, als die produktiven Elemente der deutschen Nation sich zu neuem Leben zu sammeln begannen und nach den Organen suchten, welche die Vertretung ihrer Interessen zu übernehmen berufen gewesen wären. Die Mehrzahl der Handelskammern vermochte dem Erwachen der deutschen Industrie nicht zu folgen, vielmehr fiel sie sich vermöge der Uebermacht des durch ein relatives Stimmrecht gestützten Handels mit ihren Bestrebungen entgegen, welche auf den Schutz der nationalen Arbeit gerichtet waren. Die Industrie entfremdete sich deshalb vielerorts den Handelskammern und bestritt gerade so wie das Handwerk denselben das Recht der Einmischung in eigentlich gewerbliche und in national-wirthschaftliche Fragen."

Zu dieser Entfremdung trug, wie ferner erwähnt wird, der Umstand bei, daß die den einzelnen Handelskammern zugewiesenen Bezirke wirthschaftlich von sehr verschiedener Bedeutung sind, und daß in Folge dessen die Kammern in ihren Leistungen sehr differiren. Eine Folge dieser Entfremdung war die Bildung eines vielgestaltigen industriellen Vereinswesens, der „Vereine zur Wahrung der gemeinsamen wirthschaftlichen Interessen", deren Mehrzahl sich später in dem „Zentralverband deutscher Industrieller" zusammenschloß; von dessen Thätigkeit wir an dieser Stelle erst kürzlich anerkennend sprachen. Diese Vereine und Verbände machten die Reform der Handelskammern zu einer ihrer Aufgaben, einzelne Handelskammern, besonders die zu Osnabrück, betheiligten sich an diesen Bestrebungen, welche eine ziemlich umfangreiche Literatur hervorriefen. Aus dieser ist die v. Kaufmann'sche Arbeit hervorzuheben, deren Grundgedanken vielfach als Ausgangspunkt genommen wurden und die in dem Verlangen gipfelten, daß ein Weg gefunden werden müsse:

„welcher Handel und Industrie, landwirthschaftliche Gewerbe und Kleingewerbe und mit den letzteren auch das Interesse des Arbeiterstandes überhaupt, in gemeinschaftlichen Handels- und Gewerbekammern eine berechtigte, der Bedeutung jedes einzelnen Faktors und den in Betracht kommenden Verhältnissen entsprechende Vertretung sichert."

*) Die Nährstände und ihre zukünftige Stellung im Staate. Ein Beitrag zur Reform der industriellen, Klein-gewerblichen und landwirthschaftlichen Interessenvertretung. Von Arnold Steinmann-Bucher. Köln, Heimann u. Zimmermann.

So unbedingt richtig nun dieses Verlangen Jedem erscheinen mußte, so schwierig erwies sich dessen Ausführung. Die Schwierigkeit lag besonders darin, den einzelnen Berufsgruppen eine entsprechende Vertretung zuzuweisen, was sich keineswegs schematisch ausführen ließ, und jede derselben gegen Ueberstimmung durch die anderen zu schützen. Unsere Leser kennen die im Verlaufe der Zeit von den verschiedenen Seiten gemachten Vorschläge und wissen auch, daß schließlich die preußische Regierung die Initiative ergriffen hat, indem sie auf Grund der Bestimmungen über die Gewerbekammern vom 24. Juli 1884 den Provinziallandtagen anheimstellte, neben den bestehenden Handelskammern Gewerbekammern zu organisiren. Ost- und Westpreußen, Hannover, Pommern, Schleswig-Holstein haben diesen Weg betreten, Sachsen dürfte es demnächst thun; andererseits haben die Rheinprovinz, Hessen-Nassau und neuerdings Westfalen abgelehnt, es zu thun.

Steinmann-Bucher hält nun die Gewerbekammern in der neu eingeführten Form nicht für ein Definitivum, sondern will sie als eine erste Stufe zu einem vollkommeneren Organismus der Interessenvertretung betrachtet wissen, als Vorschule zur höheren Auffassung wirthschaftlicher Fragen. Gerade darin sieht er einen Vorzug vor den von anderer Seite vorgeschlagenen „Volkswirthschaftskammern", die ein fertiges Gebilde sein sollten, dessen Existenzberechtigung jedoch noch fehlte. Die preußische Staatsregierung habe die Schwierigkeiten einer radikalen Reform nicht unterschätzt, wie solche von manchen Seiten befürwortet sei; sie habe aber gesucht, die Reform auf dem Verwaltungswege für Preußen anzubahnen, ohne die bestehenden Interessen bestehender Organe zu verletzen; den Handelskammern und den Vereinen sei eine Mitwirkung zugestanden, und als besonderen Vortheil betrachtet Steinmann-Bucher, daß die Organe der städtischen, kommunalen und provinziellen Selbstverwaltung mit den Gewerbekammern in Verbindung gebracht seien. Ein Verdienst der Staatsregierung sei es, die Bedeutung eines solchen bisher fehlenden Zusammenhanges erkannt zu haben, denn, so wird weiter gesagt:

„Die Pflege der wirthschaftlichen Interessen des Landes ist nicht allein die Aufgabe der obersten Landesbehörde, sondern auch gerade dieser lokalen und provinziellen Selbstverwaltung. — Für uns besteht kein Zweifel, daß durch die den Provinziallandtagen überbundenen Wahlen zu den Gewerbekammern und durch die Bewilligung der Mittel der letzteren aus Provinzialfonds sich ein reger Verkehr zwischen den Berufskreisen und den Kommunalverbänden entwickeln wird, der auf die Pflege der wirthschaftlichen Interessen der Provinzen von der wohlthätigsten Wirkung ist.

Alle diese Gründe bestimmen uns, die neuen Gewerbekammern als eine werthvolle Errungenschaft die der eifrigsten Mitwirkung der Besten wohl werth ist, zu begrüßen."

Steinmann-Bucher betrachtet also die Gewerbekammern als erste Stufe einer zukünftigen organisirten Interessenvertretung und entwickelt, worauf wir zurückzukommen gedenken, im Weiteren seine Gedanken, welche Formen dieselbe anzunehmen haben würde.

Prinz Albrecht in Braunschweig.

h. **Braunschweig,** 3. November.

Es erübrigt dem Berichterstatter, über den gestrigen Einzugstag noch Einiges nachzutragen. Zu der Galatafel, die um 5 Uhr im Weißen Saale des herzoglichen Schlosses stattfand, waren auch die fünf Herren des Regentschaftsraths geladen; Graf Görtz-Wrisberg saß zur Rechten der Prinzessin, welche sich mit ihm dauernd sehr angelegentlich unterhielt. Gegen Schluß der Tafel erhob sich der Prinz Albrecht und sprach: „Ich erhebe das Glas und trinke auf das Wohl des Regentschaftsrathes, dem das Land Dank schuldet." — Es war in den Kreisen der Bürgerschaft auch der Gedanke aufgetaucht, die Zukunft zu erfassen; Herrscherpaare dürfen diese festliche Beleuchtung der Stadt zu feiern. Man sah jedoch von einer Illumination ab, weil einestheils zur Herstellung einer Alles umfassenden, glänzenden die Zeit fehlte, und dann, weil man sich mit vollem Rechte sagte, daß nach den Anstrengungen und der Aufregung dieses Tages dem hohen Paare nicht noch zugemuthet werden dürfe, nachdem es nach Schluß des Theaters noch einen Fackelzug und eine Serenade entgegengenommen hatte, also frühestens um 11 Uhr, eine Rundfahrt durch die Stadt zu halten. So lag denn Braunschweig Abends im Dunklen da. Seine Bewohner aber strömten noch in später Stunde nach dem Schloßhof, um Zeugen der letzten Huldigung dieses für Alle so bedeutungsvollen Tages zu sein. Nachdem der Prinz und die Prinzessin aus der Oper zurückgekehrt, gruppirten sich vor dem nördlichen Risalit die Sänger Braunschweigs, um sie herum, in einem weiten flammenden Halbkreis die Feuerwehr mit ihren Fackeln. Zum Vortrage gelangten „Die Ehre Gottes" von Beethoven, das „Dankgebet" von Kreutzer, „Das deutsche Lied" von Kallwoda und endlich der zu diesem besonderen Zwecke vom Hofkapellmeister Clarus komponirte „Fürstengruß". Prinz und Prinzessin ließen die leitenden Kräfte der Sänger wie der Feuerwehr zu sich entbieten und sagten ihnen freundliche Worte des Dankes und der Anerkennung; Prinz Albrecht benutzte zu gleicher Zeit die Gelegenheit, auf den ihm bereiteten, ebenso glänzenden wie herzlichen Empfang zurückzukommen und seiner Freude darüber einen warmen Ausdruck zu geben.

Heute Vormittag wurde der Prinz durch eine Morgenmusik überrascht, welche ihm das Musikkorps seiner Brandenburgischen Dragoner dargebracht. Darauf beabsichtigte das fürstliche Paar, eine Spazierfahrt durch die Stadt zu unternehmen und das Marienstift und das Waisenhaus aufzusuchen. Mit einem Werke der Barmherzigkeit eröffnen auf diese Weise Prinz und Prinzessin Albrecht ihre Wirksamkeit in Braunschweig. Zum Diner sind heute die gesammten Herren des Landesversammlung geladen; für morgen sind die Einladungen an die vornehmsten Herren und Damen der Stadt ergangen. Damit schließt offiziell die Feier dieses denkwürdigen Einzuges. Wie aus guter Quelle verlautet, wird sich die Frau Prinzessin für kurze Zeit zurück zu ihren Söhnen nach Kamenz begeben, während der Prinz der Einladung des Kaisers zur Hofjagd in der Göhrde folgt; über alles weitere sind noch keine bindenden Beschlüsse gefaßt.

Zum Schlusse noch einige Worte über das neue Heim des Prinzen und der Prinzessin, über das herzogliche Schloß in Braunschweig. Den Mittelpunkt der von dem erlauchten Paare bezogenen, im ersten Stockwerke gelegenen Wohnräume bildet der runde Speisesaal, dem es an den Augen der Säle zur festen Empfehlung gereicht, daß die Frau Kronprinzessin ganz das Leben und des Schauens voll war, als sie zum ersten Male diesen Prachtraum betrat und ihn mit prüfendem Auge musterte. Plafond und Wände sind ausschließlich mit Polsfander und Glas belegt, ein weiter Kranz von Marmorsäulen trägt die reich kassettirte Decke. Wenn Abends die Lüstres sich entzünden, eine Lichtfluth den Saal durchdringt und sich in tausendfältigem Glanze in den Spiegeln bricht, gewährt gerade dieser Raum einen märchenhaften Anblick. An diesen runden Speisesaal reihen sich, den Nordflügel des Schlosses bildend, die Gemächer des Prinzen Albrecht. Man betritt zunächst das Audienzzimmer, dann das Schreibzimmer, das Wohnzimmer und zuletzt das Schlafzimmer des hohen Herrn. Auf der Rückseite, also nach dem Schloßhofe zu, liegen das eichengetäfelte Bibliothekzimmer, das Billardzimmer und das Zimmer für die Adjutanten. Eine Veranda, in der es gestern blühte und duftete, bildet den Abschluß der Appartements des Prinzen. Es darf nicht Wunder nehmen, wenn der Blüthenschmuck des ganzen Schlosses sich fast ausschließlich auf das Haus Braunschweig bezieht. In allen Räumen hängen die Bildnisse der Herzöge, der Frauen aus braunschweigischem Stamme, anderer fürstlicher Persönlichkeiten, welche zu dem Welfenhause in Beziehungen gestanden haben. So schmückt das Audienzzimmer das Portrait der Kaiserin Maria Theresia, deren Mutter eine braunschweigische Prinzessin war, so das Arbeitszimmer des Prinzen das Bildniß des Herzogs Ferdinand, des Helden im siebenjährigen, und das der Königin Elisabeth Christine, der Gemahlin Friedrichs des Großen. Die große Merkwelt der Salons trägt reich seidene Tapeten, das gesammte bezogliche Meublement trägt den Charakter der Zeit Napoleons des Ersten. Das Schlafzimmer des Prinzen zeigt eine schottische Tapete; hier hängen das Bildniß Kaisers Peter II. von Rußland und das des Herzogs Karl Wilhelm, dem in der Schlacht bei Jena durch die Augen geschossen wurde. Zwischen dem Nordflügel und dem Saalen, mit der Laubrige getrennt, Mittelbau liegen die Wohnräume der Frau Prinzessin Albrecht. Es sind drei Salons, die nach dem Schloßplatze liegen; an Kunstwerken tragen sie unter anderen die Portraits Kaisers Karl VI. und seiner Gemahlin, ein Bildniß der Prinzessin Elisabeth Christine Ulrike, der zweiten Gemahlin König Friedrich Wilhelm II., und eine Büste des bei Waterloo gefallenen Herzogs Friedrich Wilhelm. Nach dem Schloßhofe zu befinden sich ein in Blau gehaltener Salon mit dem Bildnisse der Mutter des verstorbenen Herzogs, welche ihren ersten Sohn, den Herzog Karl, auf dem Arme trägt, sowie das Schlaf- und Toilettenzimmer der erlauchten Frau. Der Mittelbau birgt zwei große prachtvolle Säle; aus den Wohnzimmern treten wir in die Repräsentationsräume ein. Die Fenster der in ihren Verhältnissen an den runden Saal im königlichen Palais erinnernden, von sechzehn schwarzen Marmorsäulen getragenen Rotunde gehen nach dem Hofe hinaus; nach vorn liegt der prächtige Tanzsaal, gleich ausgezeichnet durch seine Architektur wie durch den gelben Marmor, welcher mit Gold und Weiß die Flächen füllt, und durch die vier großen Wandgemälde, denen Motive klassischer Gegenden entnommen sind. An diesen Tanzsaal reihen sich, zum südlichen Flügel hinüberführend, zunächst ein kleinerer Salon mit dem Bildnisse der unglücklichen Königin Karoline von England und sodann der Audienzsaal, in welchem bei seinem funfzigjährigen Regierungsjubiläum der verstorbene Herzog die letzte Cour entgegennahm. Ein äußerst stylvoll gehaltener Raum ist der lange Speisesaal; man meint unwillkürlich, Schinkel habe ihn gebaut. Eine leicht gewölbte, durch Goldlinien gegliederte, aus Spiegelglas bestehende Decke spannt sich über diesen Saal mit seinen weißen Wänden, über das Spiegelbüffet mit seinen dorischen Säulen, über die Estrade, von welcher gestern beim Galadiner die beiden Weisen der Regimentskapelle erklangen. Im Südflügel liegen dann noch einige Repräsentationsräume, welche wieder schottische Stoffen und schottische Möbelüberzüge zeigen. Im zweiten Stockwerke liegen die Wohnungen der Hofstaaten, während in den Räumlichkeiten zu ebener Erde die Bureaux der Schloßverwaltung und des Hofmarschallamts sich befinden.

Mögen Prinz und Prinzessin Albrecht in diesen ihren neuen Räumen glückliche Zeiten verleben; möge der gestrige, so harmonisch verlaufene Tag vorbildlich sein für eine lange und gesegnete Zukunft. Nicht besser kann dieser Festbericht schließen als mit dem Wunsche, daß an dem erlauchten Paare das fromme Wort zur Wahrheit werde, welches am 15. Oktober 1813, da die Husaren in Schwedtitz Fanfare bliesen, Blücher seinen Offizieren zurief: das Anfang, Mitte und Ende Herr Gott zum Besten wende!

Telegraphisch wird aus Braunschweig vom heutigen gemeldet:

„Bei dem gestrigen Galadiner im Schlosse, zu welchem die Minister, die Landtagsabgeordneten, die Spitzen der Civil- und Militärbehörden geladen und zu dem im Ganzen etwa 80 Einladungen ergangen waren, brachte der Minister Graf Görtz-Wrisberg einen Toast auf Ihre königl. Hoheiten den Prinzen und die Prinzessin Albrecht aus. Se. königl. Hoheit der Prinz Albrecht erwiderte mit einem Toast auf das Wohl des Braunschweiger Landes, dessen Wohlfahrt sein einziges Ziel sei. Als der Prinz und die Prinzessin gestern eine Ausfahrt machten, wurden dieselben vom Publikum überall äußerst sympathisch begrüßt."

Heute früh wurde das folgende Dankschreiben Sr. königl. Hoheit des Regenten Prinzen Albrecht veröffentlicht:

„Die über alles Erwarten große Herzlichkeit des Empfanges, welcher Mir und der Prinzessin, Meiner Gemahlin, am gestrigen Tage bereits vom Eintritte in das Herzogthum an, in Helmstedt und Königslutter, vornehmlich aber beim Betreten der Haupt- und Residenzstadt Braunschweig, wo sich zugleich zahlreiche Deputationen und sonstige Einwohner aus allen übrigen Theilen des Landes bei der Empfangsfeier betheiligten, seitens des Regentschaftsraths, der Landesversammlung, der staatlichen und städtischen Behörden und der ganzen Bevölkerung aus Stadt und Land zu Theil geworden, hat Unsere Herzen hoch erfreut und auf das Tiefste bewegt. Der Empfang hat insbesondere Mir gezeigt, daß Mir bei allen Handlungen, die Mir nunmehr nach Uebernahme der Regierung als Regenten obliegen und bei denen Mich mit des allmächtigen Gottes gnädiger Hilfe nur der Sinn für Gerechtigkeit und Milde, sowie das Interesse des Landes leiten wird, allerseits volles Vertrauen entgegengebracht werden wird. Mit herzlichster Freude spreche Ich, zugleich im Namen der Prinzessin, Meiner Gemahlin, Allen ohne Ausnahme, die Uns den herzlichen Empfang haben bereiten helfen, den wärmsten, aufrichtigen Dank aus.

Braunschweig, den 3. November 1885.

Albrecht, Prinz von Preußen,
Regent des Herzogthums Braunschweig."

Ferner wird die nachstehende Bekanntmachung des Staatsministers, Grafen Görtz-Wrisberg, d. d. Braunschweig 2. November, veröffentlicht:

„Se. königl. Hoheit dem Prinzen Albrecht von Preußen, unserm nunmehrigen durchlauchtigsten Regenten, ist anläßlich der auf Höchstdenselben gefallenen Wahl zum Regenten, sowohl von Stadt- und Landgemeinden, als von Korporationen, Vereinen und Privatpersonen eine große Anzahl von Glückwünschen brieflich und telegraphisch zugegangen, welche Höchstderselbe Ihren Herzen wahrhaft wohlgethan und Höchstdessen Ueberzeugung bestätigt haben, daß die Sympathieen, wie sie sich in der einmüthigen Wahl seitens der Landesversammlung kundgegeben haben, in den weitesten Kreisen des Landes lebhaften Widerhall finden, Sympathieen, welche wesentlich dazu beitragen, Höchstdenselben die durch den inzwischen erfolgten Regierungsantritt übernommenen Aufgaben mit des allmächtigen Gottes Hülfe zu erleichtern. Da es nicht möglich sein würde, allen Denen, welche Sr. königl. Hoheit Ihre Glückwünsche dargebracht haben, einzeln zu danken, so haben Se. königl. Hoheit Mich zu beauftragen geruht, Höchstihren tiefgefühlten Dank hierdurch öffentlich auszusprechen."

Landtags-Wahlen.

Wir erneuern an unsere Freunde die Bitte, uns baldmöglichst über die Ergebnisse der Landtags-Wahlen verständigen zu wollen. Alle dadurch entstehenden Kosten werden selbstverständlich gern ersetzt, und bitten wir nur, den Betrag derselben zugeben zu wollen. Als Telegramm-Adresse genügt:

Norddeutsche, Berlin.

— Als für die „deutschfreisinnige" Partei verloren wird jetzt auch Elbing-Marienburg bezeichnet. — Bezüglich des Ausgangs in Danzig theilt die „Danz. Ztg." sehr ärgerlich und ermahnt ihre Parteigenossen, zu vollzählig zu erscheinen, da man die Parteistellung vieler im Landkreise gewählten Wahlmänner nicht kenne. — In Gnesen ist nach polnischen Berichten die Wahl für die Polen sehr ungünstig ausgefallen. Polnische Blätter befürchten sogar, daß, wenn die polnischen Wahlmänner sich nicht vollzählig einfanden, leicht die deutschen Kandidaten als Sieger aus der Wahl ohne Kampf hervorgehen könnten. — Hannover (Land) soll nach neueren Nachrichten nicht den Welfen, sondern den Nationalliberalen zufallen.

In neuerer Zeit ist das **Telephon** auch im Eisenbahndienste vielfach erprobt worden. Wie wir erfahren, hat das Reichs-Eisenbahnamt von den Eisenbahnverwaltungen Bericht über die Zweckmäßigkeit desselben im Betriebsdienste erfordert und die bei den bisherigen Versuchen erzielten Ergebnisse den sämmtlichen Eisenbahnverwaltungen zur Nutzbarmachung mitgetheilt. Aus den umfangreichen Mittheilungen soll Einiges als von allgemeinem Interesse in Nachstehendem wiedergegeben werden.

Das Telephon wird danach auf dem weitaus größten Theile der deutschen Eisenbahnen versuchsweise gebraucht, zum Theil ist dasselbe auch definitiv in Anwendung, im Ganzen haben dasselbe 33 Bahnverwaltungen mit zusammen 28 436 Kilom. Bahnlänge in Anwendung. Die günstigsten Erfahrungen sind auf Bahnstrecken untergeordneter Bedeutung gewonnen worden, indem hier das Telephon sowohl im inneren, als auch im äußeren Betriebsdienste vielfach bereits als ausschließliches Verständigungsmittel benutzt wurde. Namentlich trifft dies zu auf Bahnen, auf denen schon in Folge ihrer geringen Ausdehnung der Betriebsverkehr ein mäßiger ist und Zugverspätungen gewöhnlich nicht vorkommen; aber auch auf größeren Bahnstrecken dieser Art, auf denen im Interesse der Betriebssicherheit die elektro-magnetischen Telegraphenverbindungen neben den Telephonanlagen noch längere Zeit hindurch beibehalten worden sein, wird die Erfolge so günstig gewesen, daß jene zum Theil oder ganz Behufs gesetzt werden konnten.

Auf Hauptbahnen, auf welchen ein lebhafter Zweck ausschließlich elektro-magnetische Telegraphenverbindungen vorgeschrieben sind, hat das Telephon vorwiegend im inneren Betriebsdienste Anwendung gefunden und hier mit gutem Erfolge zur Verbindung der verschiedenen Bureaulokalitäten unter einander, sowie einigen Wärterposten, welche nachtheiligen Einwirkungen, hervorgerufen durch das Arbeiten der Betriebsmaschinen, das Fahren von Zügen oder Lokomotiven, das Klappern der Morse-Apparate ꝛc. haben zum größten Theile durch Herstellung abgesonderter isolirt gelegene Räume für die Unterbringung der Telephone beseitigt werden können. Im äußeren Betriebsdienste beschränkte sich ihre Verwendung größtentheils auf die Verbindung des Stationsbureaus mit den Anlagen für Zentralweichen und Signalstellung, sowie mit dem Wärterposten der Eingangsweichen. Außer der auch hier hervorgetretenen und in ähnlicher Weise wie vorgedacht, beseitigten nachtheiligen Einwirkung des Nebengeräusches machten sich vorzugsweise Störungen durch den Uebertritt der Induktionsströme der übrigen Leitungen auf die an gemeinschaftlichen Gestänge angebrachte Telephonleitung bemerkbar. Durch Anbringung der Telephonleitung an besonderem Gestänge, insbesondere aber durch unterirdische Leitungen konnte diesem Uebelstande begegnet werden; von sehr günstiger Wirkung war die Anwendung einer in sich geschlossenen (doppelten) oberirdischen Leitung. Letztere Anordnung erwies sich auch zur Behebung der Uebertragung der Morse-Batterieströme durch die Erdverbindungen auf die an besonderem Gestänge angebrachte einfache Telephonleitung als sehr zweckmäßig. Eine ausgedehntere Verwendung des Telephons im äußeren Betriebsdienste auf Hauptbahnen kann zur Zeit noch nicht als zulässig bezeichnet werden, und zwar hauptsächlich aus dem Grunde, weil bisher keine Unterlagen für die stattgehabte Verständigung habe geschaffen werden können. Dieser Mangel fällt allerdings schwer ins Gewicht, da — abgesehen davon, daß bei etwaigen Unregelmäßigkeiten oder Unfällen die Ermittelung des Schuldigen schwierig, mitunter sogar unmöglich wird — sich keine Gelegenheit bietet, unrichtige Betriebsdispositionen rechtzeitig festzustellen und abzuändern. Man hat versucht, diesem Uebelstande durch Führung besonderer Journale abzuhelfen, in welche die Depeschen sowohl vom Aufgebenden als auch vom Aufnehmenden eingetragen und von Letzterem zum Beweise des richtigen Verständnisses wieder zurückgegeben werden müssen. Obgleich hierbei Mißverständnisse nicht bemerkt worden sein sollen, so werden, bevor diese für eine exakte Handhabung des Betriebsdienstes immerhin zeitraubende Einrichtung als unbedingt zuverlässig betrachtet werden kann, noch umfangreiche Erprobungen stattfinden müssen.

Besonders erwähnenswerth ist noch die versuchsweise Verwendung des Telephons auf der freien Strecke. Nachdem bereits vor mehreren Jahren in die für die Abgabe der Glockensignale bestimmte Leitung Telephone eingeschaltet wurden und hierdurch die Bahnwärterposten Gelegenheit erhielten, unter einander, sowie mit den nächstgelegenen Stationen zu korrespondiren, sind in letzter Zeit an Stelle der vorgeschriebenen transportablen Morseapparate in den Zügen versuchsweise Telephone mitgeführt worden. Diese fanden namentlich im Winter bei Schneeverwehungen häufig Verwendung, und soll durch dieselben die Verständigung vom Zuge nach beiden Seitenstationen sehr in und schneller erfolgt sein, als früher durch die Morseapparate.

Hiernach ergaben die beim Betriebe auf Hauptbahnen erzielten Erfolge für die Verwendung des Telephons immerhin noch keine genügende Zuverlässigkeit; indeß wird erwartet werden dürfen, daß es schließlich namentlich im Hinblick auf die großartigen Fortschritte in der Elektrotechnik gelingt, durch geeignete Vorkehrungen das Telephon auch auf Hauptbahnen in größerem Umfange verwendbar zu machen. Die Bekanntgabe der im Eisenbahnbetriebe gewonnenen Erfahrungen seitens des Reichs-Eisenbahn-Amtes wird zu einer größeren Ausbildung des gedachten Verständigungsmittels nicht unwesentlich beitragen.

Das **Landes-Oekonomie-Kollegium** tritt am 9. November, Vormittags 11 Uhr, im Herrenhaus-Gebäude zur 2. Session der 3. Stzungsperiode zusammen. Die Tagesordnung zerfällt in zwei Hauptabschnitte: Vorlagen des Ministers der Landwirthschaft und Anträge von landwirthschaftlichen Zentralvereinen bezw. Mitgliedern des Kollegiums.

Die Vorlagen des Ministers sind folgende:

1. Begutachtung des von dem Professor von Miaskowski aufgestellten Schemas für eine Enquete über die ländlichen Verhältnisse in Preußen. (Hierbei verbunden die Diskussion der dem Kollegium mitgetheilten Druckschrift: Nachtrag zu dem Referat des Geh. Regierungsraths Meitzen, und Mittheilung des Ministers über die angeordnete Hypothekenstatistik in der Rheinprovinz und den übrigen Provinzen der Monarchie.) Referent Frhr. v. Hövel-Perbed, Korreferent v. Below-Saleske.

2. Gutachten über den Gesetzentwurf von Dampfpflugmaschinen auf Kunststraßen und sonstige Abänderungen der verkehrspolizeilichen Vorschriften. Referent Oberamtmann Rimpau-Schlanstedt.

3. Bericht der Kommission über die Anträge des Frhr. v. Hammerstein-Xorten, betreffend a) die Einführung einer Landeskulturbehörde, b) Belebung der Thätigkeit der landwirthschaftlichen Vereine. Mitglieder der Kommission: v. Below-Saleske, Frhr. v. Hammerstein-Xorten, Korn-Breslau, Nobbe-Niederotpfstedt, Thiel-Berlin, Referent Nobbe-Niederotpfstedt.

Dem Vernehmen nach wird aber dem Kollegium außer den vorstehenden noch eine weitere, im landwirthschaftlichen Ministerium ausgearbeitete Vorlage zugehen, welche die Frage des Verkaufs von Domainengrundstücken gegen eine unablösbare Rente behandelt. Der Zweck der Vorlage dürfte sein, eine Erleichterung der Kolonisirung zunächst der ausgedehnten Hochmoore, in zweiter Linie auch großer landwirthschaftlich benutzter Flächen herbeizuführen.

Die Anträge von landwirthschaftlichen Zentralvereinen bezw. Mitgliedern des Kollegiums, welche auf der Tagesordnung stehen, lauten:

1. Antrag Danckelmann-Eberswalde, betreffend Errichtung von Regenmesserstationen. Referent Antragsteller.

2. Antrag des Baltischen Zentralvereins, betreffend die bessere Ausbildung der Viehschneider. Referent Löwenitz-Lentschkow.

3. Antrag Kiepert-Marienfelde, betreffend die Errichtung einer Versuchs- und Lehranstalt für die Gährungsgewerbe in Berlin. Referent Antragsteller.

Rundschau im Auslande.

Der Zusammentritt der Konstantinopeler **Botschafterkonferenz,** der nach Londoner und Pariser Zeitungsmeldungen vorgestern oder gestern hätte erfolgen sollen, läßt noch immer auf sich warten, wenigstens liegt bis jetzt keine Depesche vor, welche über diesen Punkt Aufschluß ertheilte. Das „Journal de St. Petersbourg" fährt fort, der korrekten Politik Rußlands das Wort zu reden, rühmt auch den neuesten vom Grafen Kalnoky abgegebenen Erklärungen zur Orientlage nach, daß sie durch ihre große Präzision und die Richtigkeit ihrer Gedanken frappirten, und bricht endlich über die bulgarisch-rumelischen Strebungen unbarmherzig den Stab. Serbiens Monarch hat nach Wien seinen wärmsten Dank für die seinem Staate so sympathischen Auslassungen des Grafen Kalnoky übermittelt und bei dieser Gelegenheit abermals betont, daß Serbien die Rückkehr zu dem Status quo ante als die befriedigendste Lösung der Balkanschwierigkeiten betrachte. Griechenland hingegen spekulirt nach wie vor auf eine solche „Neuordnung" der Dinge, bei welcher für seine Ländergier ein möglichst ansehnlicher Bissen abfällt. Die Athener Deputirtenkammer hat mittlerweile die an den König in Beantwortung der Thronrede zu richtende Adresse angenommen. Den Wortlaut derselben theilt die bezügliche De-